



CO₂-Differenzverträge 2026: Sicherheit für Investitionen – und ein stiller Kurswechsel

Ute Pappelbaum

Das Bundeswirtschaftsministerium startet die neue Förderrunde für CO₂-Differenzverträge (CCfD) mit einem Volumen von bis zu fünf Milliarden Euro. Gefördert werden Investitionen energieintensiver Industrien in klimafreundliche Produktionsverfahren – etwa in Stahl, Chemie, Zement oder Glas. Die Zielsetzung ist klar: Unternehmen sollen ihre Produktion umbauen, ohne dass hohe Kosten und unsichere Preise Investitionen blockieren.

Wie das Instrument funktioniert

Das Prinzip der CO₂-Differenzverträge ist im Kern einfach: Der Staat gleicht die Mehrkosten aus, die bei klimafreundlicher Produktion gegenüber herkömmlichen Verfahren entstehen – und zwar über bis zu 15 Jahre. Die Förderung passt sich dabei automatisch an die Marktbedingungen an:

- Steigt der CO₂-Preis, sinkt die Förderung
- Sinkt der CO₂-Preis, steigt die Förderung

Zusätzlich werden Energiepreise berücksichtigt, sodass auch hier Risiken abgedeckt werden. Ökonomisch entspricht das einer Versicherung gegen unsichere Marktpreise. Unternehmen erhalten Planungssicherheit für Investitionen, die sich unter heutigen Bedingungen oft noch nicht rechnen.

Warum der Staat nachsteuert

Die Förderrunde 2026 wurde bewusst investitionsfreundlicher ausgestaltet. Die Anforderungen an Emissionsminderungen sind zeitlich gestreckt, mehr Technologien sind zugelassen und finanzielle Risiken für Unternehmen wurden reduziert.

Konkret bedeutet das:

- geringere Einstiegshürden für Projekte
- größere technologische Bandbreite (inkl. CO₂-Abscheidung)
- bessere Finanzierbarkeit für große Industrieinvestitionen

Der Hintergrund ist klar: Die erste Runde hat gezeigt, dass viele Projekte an Unsicherheit und Risiko scheitern – nicht an grundsätzlicher Unwilligkeit zu investieren. Wo das System an seine Grenzen stößt, so sinnvoll die Absicherung ist, sie

verändert die Funktionsweise des Marktes. Eigentlich soll der CO₂-Preis im Emissionshandel Investitionen steuern. Wer viel ausstößt, zahlt mehr – und investiert deshalb in saubere Technologien. Die Differenzverträge dämpfen dieses Signal, weil sie Preisschwankungen ausgleichen.

Gleichzeitig verschiebt sich der Wettbewerb:

Unternehmen konkurrieren nicht mehr nur über Produkte und Kosten, sondern auch über ihre Fähigkeit, Förderbedingungen optimal zu nutzen. Auch technologisch entsteht ein Spannungsfeld. Die Öffnung für CO₂-Abscheidung hilft kurzfristig, Emissionen zu senken – kann aber bestehende fossile Produktionsstrukturen verlängern.

Wer das am Ende bezahlt

Hier liegt der entscheidende Punkt – und der eigentliche Systembruch. Ursprünglich war vorgesehen, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bürger zurückzugeben, um steigende Preise sozial auszugleichen. Dieses sogenannte Klimageld wurde politisch angekündigt, aber nicht umgesetzt.

Mit den CO₂-Differenzverträgen verschiebt sich die Verwendung dieser Mittel:

Ein wachsender Teil der Einnahmen fließt nicht an Haushalte zurück, sondern in die Förderung industrieller Transformation.

Das bedeutet konkret:

Verbraucher zahlen über CO₂-Preise → der Staat sammelt Einnahmen → die Industrie erhält Investitionszuschüsse. Ökonomisch lässt sich das begründen – ohne industrielle Transformation bleibt die Emissionsbasis bestehen. Verteilungspolitisch ist es jedoch eine klare Umverlagerung: von breiter Belastung hin zu gezielter Förderung.

Warum die Finanzierung nicht beliebig skalierbar ist

Die Tragfähigkeit des Modells ist begrenzt. Erstens sind die Einnahmen aus CO₂-Preisen unsicher. Sie schwanken mit Marktpreisen und sinken langfristig, wenn Emissionen zurückgehen. Zweitens stoßen steigende CO₂-Preise an wirtschaftliche und politische Grenzen. Zu hohe Belastungen gefährden Wettbewerbsfähigkeit und Akzeptanz. Drittens stehen diesen unsicheren Einnahmen langfristige Verpflichtungen gegenüber. CO₂-Differenzverträge laufen über 15 Jahre – unabhängig von der Haushaltslage.

Damit entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis:

Die Finanzierung ist volatil, die Ausgaben sind fix.

Was sich für Unternehmen wirklich verändert

Für Unternehmen ist die Wirkung eindeutig: Investitionen werden planbar. Projekte, die bisher zu riskant waren, werden finanzierbar. Banken können Risiken besser bewerten, Eigenkapitalanforderungen sinken. Gleichzeitig verändert sich das Entscheidungsverhalten. Unternehmen optimieren nicht mehr nur gegen Marktpreise, sondern auch gegen Förderlogiken. Der Zugang zu Fördermitteln wird zu einem strategischen Faktor.

Was daraus langfristig folgt

CO₂-Differenzverträge sind kein dauerhaft stabiles System, sondern ein Übergangsinstrument. Sie funktionieren nur, wenn sie sich selbst überflüssig machen – also wenn die geförderten Technologien schnell genug wettbewerbsfähig werden. Gelingt das, entsteht ein tragfähiger Markt. Gelingt es nicht, bleibt ein System, das dauerhaft auf staatliche Mittel angewiesen ist.

Mehr Realismus in der Klimafinanzierung

CO₂-Differenzverträge lösen ein zentrales Problem der Transformation: fehlende Investitionssicherheit. Ohne sie würden viele Projekte nicht stattfinden. Gleichzeitig verschieben sie die Logik der Klimapolitik. Einnahmen aus CO₂-Preisen werden nicht mehr primär zurückverteilt, sondern gezielt eingesetzt. Der Staat wird damit aktiver Gestalter industrieller Entwicklung.

Wie wird konkret entschieden, welches Unternehmen Förderung bekommt?

Über ein Gebotsverfahren. Unternehmen geben an, wie viel Förderung sie pro vermiedener Tonne CO₂ benötigen. Den Zuschlag erhalten die Projekte mit den geringsten Kosten pro Tonne – also die effizientesten Vorhaben.

Was passiert, wenn CO₂-Preise stark steigen?

Dann sinkt die staatliche Förderung oder entfällt ganz. In bestimmten Fällen müssen Unternehmen sogar Geld

zurückzahlen – allerdings inzwischen begrenzt, um Bilanzrisiken zu reduzieren.

Warum sind Energiepreise Teil der Förderung?

Weil viele klimafreundliche Verfahren stark von Strom oder Wasserstoff abhängen. Ohne Absicherung der Energiepreise wären Investitionen weiterhin zu riskant.

Welche Projekte haben realistische Chancen auf Förderung?

Vor allem große Anlagen mit hohen Emissionen und klaren Einsparpotenzialen – etwa Stahlwerke, Chemieanlagen oder Zementwerke. Entscheidend ist die Kosten-Effizienz der CO₂-Reduktion.

Was ist das größte Risiko des Instruments?

Dass es dauerhaft benötigt wird. Wenn die geförderten Technologien nicht schnell genug wettbewerbsfähig werden, entsteht ein langfristiges Subventionssystem ohne klare Exit-Strategie.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949652/ccfd-2026-verstaendlich-analyse-finanzierung/>